Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf "Mehr" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (JB)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Mehr Macht für das Europaparlament
2. Österreich: Krisenverursacher bleiben wieder mal ungeschoren
3. Wirtschaftsweise Weder di Mauro wechselt zur UBS
4. Ulrike Herrmann: Her mit dem Monopol
5. The German model is not workable for the Eurozone
6. Proteste in Rumänien: Korruption, Hunger und Zorn
7. Michael Sailer – Kein Fass ohne Boden
8. Zulauf für die Taliban
9. Europa versagt in der Flüchtlingsfrage
10. „Islands Häresie stellt einen Test der ökonomischen Doktrin da"
11. Betriebsrat geht gegen Leiharbeiter-Einsatz vor
12. Russland – Systemkrise, Paradigmawechsel oder Wahl eines Präsidenten?
13. Ägyptens unvollendete Revolution
14. Dresden: Rechtsstaat auf Bewährung
15. Kaum noch Zeit für die eigene Forschung
16. Die Hetzgemeinde hat Schnappatmung
17. Unverzichtbare Lichtgestalten
18. Zu guter Letzt: Schizophrenie

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Mehr Macht für das Europaparlament**
   Zur langfristigen Lösung der Eurokrise ist eine makroökonomische Koordinierung unerlässlich. Und diese muss vom EU-Parlament geleistet werden.
   Nach dem Krisengipfel, ist vor der Krisengipfel. Auch das letzte EU-Treffen hat wieder gezeigt, dass Deutschland für eine wirkliche Lösung noch immer nicht bereit ist. Weder wurde der Weg zur Einführung von Eurobonds frei gemacht, noch wurde dem EFSF (bzw. seinem Nachfolger dem ESM) mit der Zubilligung einer Banklizenz endlich die Schlagkraft eingeräumt, die er für eine nachhaltige Lösung (und nur so eine wird von den spekulierenden Finanzmarktteilnehmern ernst genommen) benötigt. Lieber

verschärft man die Krise, mit der Fortsetzung der kontraproduktiven Austeritätspolitik und der Propagierung von Schuldenbremsen für alle EU-Länder, noch weiter.
Quelle: Future Finance Blog

2. **Österreich: Krisenverursacher bleiben wieder mal ungeschoren**
   Die Sparpläne von FPÖ, BZÖ und ÖVP laufen erneut auf eine Privilegierung des ökonomischen Systems und auf eine Schwächung des politischen Systems der Demokratie hinaus […]
   Die bisher vereinbarten Einsparungen zielen offenbar vor allem auf die Gehälter im öffentlichen Dienst, die Einkommen der "Besserverdiener" (wer ist damit gemeint?) und die Pensionisten: Dort, so der Tenor regierungsnaher Journalisten, ist "das meiste" zu holen, nicht jedoch bei den großen Vermögen. Die geplanten Solidarbeiträge der "Besserverdiener" scheinen wieder nur aus den Einkommen des Mittelstands zu kommen und nicht aus den Spitzeneinkommen, den Gewinnen der großen Konzerne, der großen Vermögen und des Finanzkapitals: Es ist noch immer keine Rede von den Vermögens- und Erbschaftssteuern, um die die ÖVP mittlerweile eine ideologische Firewall gezogen hat: "Wir leben bereits in einem Hochsteuerland" (Leitl, Fekter, Spindelegger). – Hoch besteuert werden in Österreich jedoch nur die Einkommen der Unselbstständigen, für die Vermögenden dagegen ist Österreich ein Steuerparadies. Und das soll anscheinend weiterhin so bleiben. Kein Solidarbeitrag also von denen, für die der Steuerzahler im Jahr 2008 eingesprungen ist und für die sich der Staat verschuldet hat, als es galt, ihr Vermögen durch Abwendung drohender Bankencrashs zu retten! – Allein die Hypo Alpe Adria kostete den Staat bisher 1,5 Milliarden Euro.
   Quelle: Der Standard
3. **Wirtschaftsweise Weder di Mauro wechselt zur UBS**
   Bei den „Wirtschaftsweisen" wird ein Platz frei. Beatrice Weder di Mauro – die einzige Frau im Sachverständigenrat – wechselt zur Schweizer Großbank UBS. Sie folgt dem früheren Bundesbank-Präsident Axel Weber.
   Quelle: FAZ

   Anmerkung JB: *Wer dem Finanzsektor nur immer fein nach dem Maul redet, hat in diesem System nahezu grenzenlose Karrierechancen. Es versteht sich von selbst, dass ein solcher Karriereschritt auch seine ökonomischen Vorteile mit sich bringt.*

4. **Ulrike Herrmann: Her mit dem Monopol**
   Die Investoren reagierten gelassen: Die Aktie der Deutschen Börse stieg am Mittwoch, obwohl diese sich nicht mit der New Yorker Börse NYSE zusammenschließen darf. Seit Wochen war klar, dass die EU-Kommission die Megafusion untersagen würde, um ein

Monopol im Derivatehandel zu verhindern. Viele Anleger waren sogar erleichtert darüber, dass die Elefantenhochzeit verhindert wurde. Denn es war nicht deutlich, ob sich eine Fusion gerechnet hätte. Ein derartiges Wagnis einzugehen, hat die Deutsche Börse jedoch gar nicht nötig: Ihre Gewinne steigen rasant, und die Umsatzrendite liegt bei über 50 Prozent. Davon können andere Firmen nur träumen.
Die enormen Renditen der Deutschen Börse signalisieren allerdings, dass der Wettbewerb zwischen den Börsen schon jetzt nicht funktioniert. Dies führt zu einer fundamentalen Frage: Wie sinnvoll ist es, Börsen privatwirtschaftlich zu organisieren? Bisher werden viele Finanzgeschäfte "over the counter" zwischen den Banken abgehandelt, doch seit der Finanzkrise ist klar, dass alle Transaktionen über Börsen abgewickelt werden sollten. Die Risiken müssen sichtbar werden, und nichts ist so transparent wie ein einheitlicher Markt. Das bedeutet aber letztlich: Gebraucht wird ein Börsenmonopol – und ein Monopol muss staatlich sein.
Quelle: taz

5. **The German model is not workable for the Eurozone**
   […] Previously, the Bundesbank had manipulated the Deutsch mark parity to ensure the German export sector remained very competitive. That is one of the reasons they became an export powerhouse. It is the same strategy that the Chinese are now following and being criticised for by the Europeans and others.
   Once the Germans lost control of the exchange rate by signing up to the EMU they had to manipulate other "cost" variables to remain competitive. So the Germans were aggressive in implementing their so-called "Hartz package of welfare reforms". A few years ago we did a detailed study of the so-called Hartz reforms in the German labour market. […] But in the context of the EMU, the way in which the Germans pursued the Hartz reforms not only meant that they were undermining the welfare of the other EMU nations but also droving the living standards of German workers down. And then the crisis emerged amidst all this. […]
   But when journalists (quoted by Jakob Augstein) write that Germany is finally "learning to lead" and note before time and the political leaders are "insisting that their Continental partners should adopt Germany as their model" there is a simpler critique. It is the wrong model. […]
   But the point is that an effective federal system has to share common elements to ensure that the macroeconomics of the monetary system dominate more regional concerns. That capacity is non-existent in the Eurozone. We don't have to invoke the historical national stereotypes to know that the German model is not workable for the Eurozone.
   Quelle: Bill Mitchell
6. **Proteste in Rumänien: Korruption, Hunger und Zorn**

Aus Ärger über die sozialen Einschnitte und die Korruption gehen seit Mitte Januar Tausende Menschen auf den Universitätsplatz. Sie rufen “Freiheit”, skandieren “Wir wollen keine Vetternwirtschaft mehr und keine Korruption”. Auf einem Transparent steht: “Wir produzieren nicht so viel, wie ihr stehlt! Rumänien, erhebe dich!” Auf einem anderen: “Hunger und Armut haben Rumänien im Griff”. Die Proteste ausgelöst hat ein Gesetz, das unter anderem die Privatisierung eines landesweiten staatlichen Rettungsdienstes vorsah. Viele fürchteten, dass die Rettungswagen künftig nur noch für reiche Leute fahren. Wenig später ruderte die Regierung zurück, die Proteste aber blieben. Unweit vom Universitätsplatz liegt die Zentrale des Rettungsdienstes S.A.B.IF. Angesichts der Sparmaßnahmen bräuchte der Dienst selbst Hilfe. Die Gehälter wurden um ein Viertel gekürzt. Zehntausende Mediziner haben das Land verlassen und arbeiten jetzt in Italien, Spanien, Großbritannien, auch in Deutschland. Cristian Grasu, der Leiter des Rettungsdienstes, klagt über fehlendes Personal. Nicht nur dass viele ins Ausland gegangen sind, er darf wegen des kleinen Budgets auch kein neuen Mitarbeiter einstellen.
“Basescu heißt Armut, Arbeitslosigkeit und Schulden!”, rufen derweil die Menschen auf dem Universitätsplatz, sie fordern den Rücktritt von Präsident Basescu. Viele haben die Korruption satt. Im Gesundheitssystem haben sie die meisten schon gespürt: “Jeder Rumäne weiß, dass theoretisch die Versorgung in den staatlichen Krankenhäusern kostenlos ist, doch machen die meisten Ärzte keinen Finger krumm, wenn man kein Schmiergeld zahlt”, erzählt eine Frau. “Jeder kennt die Preise”, sagt sie. “Zwei Euro muss man der Krankenschwester zahlen, damit sie einen überhaupt beachtet, und einen Euro der Putzfrau, damit sie frische Bettwäsche bringt. Vom Geld für eine Operation ganz zu schweigen”. Das liegt in der Regel zwischen 125 Euro und 500 Euro.
Quelle: taz

Anmerkung Orlando Pascheit: *Es gehört zu den Seltsamkeiten in der deutschen Debatte, dass wir uns über das amerikanische Gesundheitssystem mokieren, das fast 50 Mio. ‘uninsured people’ zulässt, aber die Zustände vor der eigenen Haustüre ignorieren. Sind wir nun Europäer? Da wird in Sonntagsreden vom Friedensbeitrag der europäischen Integration geredet, gleichzeitig trägt die europäische Elite im Zeichen Europas mit ihrer verfehlten Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik zum Unfrieden innerhalb der Nationen bei, indem sie/wir z.B. dulden, dass in Europa Millionen von Menschen aus den Gesundheitssystemen herausfallen. Da ist nicht nur Rumänien zu nennen, sondern ebenso Lettland, Litauen, Rumänien und nun ist auch Griechenland das Gesundheitssystem zusammengebrochen. Eine Blinddarmoperation kostet inzwischen statt 150 Euro nun etwa 1000 Euro. In den Apotheken werden*

müssen Rezepte von den Patienten voll bezahlt werden, da die Apotheken von den Kassen vertröstet werden. Auch in griechischen Krankenhäusern ist es inzwischen üblich, dass sich Verwandte teilweise um die Pflege kümmern müssen wie z.B. Verbandswechsel, dass eigene Bettwäsche mitgebracht und Kanülen für Spritzen besorgt werden müssen. Es versteht sich, dass hier der Boden für weitere Korruption geschaffen wurde.

7. **Michael Sailer – Kein Fass ohne Boden**
   Wir müssen in Deutschland dringend klären, wo wir unseren radioaktiven Müll endlagern. Dazu braucht es außer politischer Unvoreingenommenheit auch einen gesellschaftlichen Diskurs.
   Quelle: FTD
8. **Zulauf für die Taliban**
   Die Analyse ist pessimistisch – und nicht neu: Der pakistanische Geheimdienst ISI unterstützt die Taliban in Afghanistan, und diese haben gute Chancen, nach dem Abzug der internationalen Truppen 2014 wieder die Macht in Kabul zu übernehmen. So oder ähnlich haben das Kenner der Region in den vergangenen Jahren immer wieder gesagt. Doch jetzt kommt ein geheimer Nato-Bericht zu diesen Schlüssen, und das ist aus mehreren Gründen erstaunlich – und fatal.
   Darin heißt es, im vergangenen Jahr sei der Zulauf für die Taliban in Afghanistan und das Interesse für deren Sache, sogar aus Regierungskreisen, so groß gewesen wie nie zuvor. Die Ergebnisse sind zutiefst demoralisierend für alle Afghanen, internationalen Soldaten und zivilen Helfer, die ihr Leben für den Friedensprozess riskieren. Wenn die Nato selbst so starke Zweifel an einem erfolgreichen Ende ihres Einsatzes hat, warum dann noch ein solches Risiko eingehen? Zugleich ist das „Leaken“ des Berichts ein Rückschlag für alle, die auf Verhandlungen mit den Taliban setzen. Meldungen über geplante Gespräche haben diese gerade erst zurückgewiesen. Sagt nun die Isaf den Aufständischen quasi den Sieg vorher, wird das deren Verhandlungsbereitschaft kaum steigern.
   Quelle: Tagesspiegel

Anmerkung Orlando Pascheit: *Es mag vielleicht zu Beginn des Afghanistankrieges tatsächlich optimistische Naivlinge in Politik und Militär gegeben haben, die glaubten die Taliban dauerhaft besiegen zu können. Mehr als fatal wäre es allerdings, wenn die Nato erst jetzt zu dem Schluss kommt, dass die Taliban gesiegt haben. Man könnte eher damit leben, dass die Regierung der USA und ihrer Verbündeten zuletzt nur noch versucht haben, ihren Ansehensverlust vor allem bei der eigenen Bevölkerung in Grenzen zu halten (siehe die Rede des US-Präsidenten im Kongress), als dass wir*

davon ausgehen müssten, dass diese Regierungen tatsächlich erst jetzt ihre Niederlage einsehen. Soviel Mangel an Übersicht ließe nichts Gutes für die zukünftige Natopolitik erwarten. Ruth Ciesinger meint, dass das Eingeständnis der Niederlage die Verhandlungsbereitschaft der Taliban kaum steigere. Aber ist es nicht eher so, dass für die Taliban nur das Eingeständnis der Niederlage – die Beendigung der Kampfeinsätze bereits Mitte 2013, also vor dem endgültigen Abzug. spricht dafür – Ausgangspunkt für Verhandlungen sein kann. Genau hier kann der Westen ansetzen und die Taliban fragen: Wie ist es mit dem Leben danach. Hier kämen es eine Fülle von positiven aber auch negativen Angeboten westlicherseits in Frage. – Und Pakistan, das ist nun wirklich nicht neu: Wo befanden sich die religiösen Schulen für afghanische Flüchtlinge, in denen die Taliban herangezogen wurden? Wer rüstete die Taliban militärisch aus? Wer half den Taliban 1995, als sie gegen Ahmad Shah Massoud vor der endgültigen Niederlage standen? Wer stellte mit ca. 40 Prozent die meisten ausländischen Talibansoldaten? Afghanistan! Das ist alles schon seit Jahren bekannt. Und natürlich hat der afghanische Geheimdienst wie auch das Militär seine Verbindungen zu den Taliban nie gekappt. Warum sollten sie auch? Pakistan sieht sich als regionale Großmacht, die Afghanistan als ihre Einflusszone betrachtet. Der Westen hat das kaum realisiert, sondern versucht, Pakistan als Vasallen einzuvernehmen.

9. **Europa versagt in der Flüchtlingsfrage**
   Immer mehr Menschen flüchten über das Mittelmeer nach Europa. Die Zahl derer, die dabei zu Tode kamen war 2011 so hoch wie nie. Die EU braucht endlich ein gemeinsames Asylsystem, meint Innenkommissarin Cecilia Malmström: Die vorliegenden Zahlen geben Anlass zur Sorge. Im ersten Halbjahr 2011 wurden mehr als 75 Prozent aller Asylanträge in nur sechs EU-Mitgliedstaaten gestellt. Das heißt: Eine erkleckliche Zahl europäischer Staaten kann und muss mehr tun. Von den mehr als 700.000 Menschen, die vor der Gewalt in Libyen fliehen mussten, gelangten viele in Flüchtlingslager in den Nachbarländern. Von den 8000 Menschen, die von der EU als besonders hilfsbedürftig bezeichnet wurden, nahmen die EU-Mitgliedstaaten nur 400 auf. Norwegen, das nicht zur EU gehört, hat nahezu die gleiche Zahl alleine aufgenommen.
   In der Zwischenzeit flüchteten mehr als 50.000 Migranten auf schrottreifen Schiffen über das Mittelmeer nach Europa. Die Zahl der Ertrunkenen hat 2011 ein Rekordhoch erreicht. Mehr als 1500 Menschen starben, wie das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen in dieser Woche mitteilte. Viele, die es schafften, gelangten auf die italienische Insel Lampedusa und nach Malta. Bei einer Konferenz im letzten Frühjahr hatten die europäischen Länder die Möglichkeit, ihre Solidarität zu zeigen. Das Ergebnis? Nur 300 Flüchtlinge wurden von Malta in andere Mitgliedstaaten

umgesiedelt. Ein grundlegendes Problem ist die politische Stimmung in vielen EU-Ländern. Seit dem Zweiten Weltkrieg hat es nicht mehr so viele populistische und fremdenfeindliche Parteien in den europäischen Parlamenten gegeben. Diese Parteien nutzen die Krise und versuchen, die Schuld für die eigene Misswirtschaft auf die Einwanderer abzuwälzen. Entgegen den fremdenfeindlichen Behauptungen ist die Zahl der Asylbewerber in Europa heute wesentlich niedriger als vor zehn Jahren. In diesem Jahr muss Europa dafür sorgen, dass das gemeinsame Asylsystem endlich Wirklichkeit wird.
Quelle: Tagesspiegel

Anmerkung Orlando Pascheit: *Der Aufruf der EU-Kommissarin für Innenpolitik, Cecilia Malmström, macht deutlich, dass zumindest sie persönlich heute auf mehr Solidarität setzt. Immerhin hat sie 2010 noch ein Abkommen mit Ghadafis Libyen über „technischer Hilfe und Ausrüstung" abgschlossen, damit diese ihre Grenzen besser zu sicherten – bei humaner Behandlung der Flüchtlinge.*
Interessant sind auch die die Kommentare der Leser, welche ganze Bandbreite an Stellungnahmen zur Flüchtlingsfrage abdecken. – Auch die die "taz" hat sich diesem Thema gewidmet: hier, hier und hier.

10. **„Islands Häresie stellt einen Test der ökonomischen Doktrin da"**
Island erholt sich von der Krise – auch weil es sich weigerte, die Bankenschulden zu sozialisieren, und mehr Demokratie zugelassen hat. Nun stellt sich der IWF hinter Island.
Island, das im Oktober 2008 seine aufgeblähten Banken gerettet hat und kurz darauf selbst vor der Pleite stand, erholt sich von der Krise. Maßgeblich beteiligt war die Entscheidung, die Bankenschulden nicht zu sozialisieren, den Wohlfahrtstaat zu erhalten und die Bürger stärker in die Politik einzubeziehen. Während Ökonomen dies lange als sicheren Weg in den finanziellen Selbstmord gebrandmarkt haben, sprechen nun die Tatsachen für Islands Politik. Auch der IWF stellt sich hinter Island und will aus seinem Einsatz auf der Insel Lektionen ziehen. Das könnte ein Umdenken der mächtigen Institution einleiten.
Quelle: Telepolis
11. **Betriebsrat geht gegen Leiharbeiter-Einsatz vor**
Der Betriebsrat will die massive Beschäftigung von Leiharbeitern im BMW-Werk in Leipzig nicht mehr hinnehmen. Deswegen will BMW sich demnächst vor dem Arbeitsgericht die Erlaubnis für seine Personalstrategie abholen.
Quelle: Handelsblatt
12. **Russland – Systemkrise, Paradigmawechsel oder Wahl eines Präsidenten?**

In Russland brachte die zurückliegende Duma-Wahl eine hauchdünne Mehrheit für die regierende „Partei der Macht“, eine noch immer anschwellende Protestbewegung gegen die unsauberen Methoden der Mehrheitsbeschaffung und gegen einen Wiederantritt Wladimir Putins als Präsident der Republik. Was werden die Folgen sein – wie geht es weiter?
Quelle: Eurasisches Magazin

13. **Ägyptens unvollendete Revolution**
Gäste:
Sharif Abdel Kouddous: unabhängiger Journalist in Kairo, Korrespondent für das US-Nachrichtenmagazin DemocracyNow und Fellow am The Nation Institute
Quelle: Kontext TV

dazu: Ägyptens unfähige Generäle und die Gewalt in Fussballstadien
Am Donnerstag jährte sich das sogenannte «Kamel-Ereignis», als Mubaraks Schergen, auf Kamelen reitend, die Demonstranten aufs Brutalste angriffen. Damals hatten die Ultras der beiden zutiefst verfeindeten Kairoer Fussballklubs al-Ahly und Zamalek gemeinsam an vorderster Front für die Revolution gekämpft. Sie jetzt zu provozieren, bedeutet, eine unkontrollierbare Eskalation zu riskieren und die Gegner der Militärs zu stärken. Mitglieder des neugewählten Parlaments konfrontierten am Donnerstag denn auch die vom Militär ernannte Übergangsregierung mit Rücktrittsforderungen. Die Muslimbrüder witterten eine gezielte Provokation, um den Übergang zur Demokratie zu sabotieren. Sie gaben zwar nicht explizit den Militärs die Schuld, riefen diese aber dazu auf, die Revolution zu schützen, und machten die Polizei für die Vorgänge verantwortlich.
Auch wenn das Ausmass der Ausschreitungen von Port Said beispiellos ist, hat die Gewalt in Ägyptens Fussballstadien eine lange Geschichte. Hier entluden sich Klassenkonflikte oder nationalistische Gefühle zu Zeiten der britischen Kolonialherrschaft. Während der Diktatur wurden im Fussball Rivalitäten ausgelebt, die in der Politik keinen Platz hatten. Der Fussball bietet frustrierten jungen Männern, die aus einfachen Verhältnissen stammen und sonst nicht viel haben, ein Ventil. Das Potenzial für Ausschreitungen war immer gross. Seit dem Sturz Mubaraks liegt die Wirtschaft am Boden, und die Sicherheitslage hat sich verschlechtert. Die Hemmschwelle zur Gewalt liegt seit dem Umsturz bisweilen niedriger. Der Respekt vor der Polizei, die als Feindin der Revolution gilt, hat einen Tiefpunkt erreicht – besonders bei den Ultras des Klubs al-Ahly aus Kairo. Diese wurden am Mittwoch von den verbitterten Polizisten prompt im Stich gelassen, als Fans des Klubs al-Masry aus Port Said sie angriffen. – Dass sie [die Militärs] bei den jüngsten Ausschreitungen eine aktive Rolle spielten, darf bezweifelt werden. Da sie aber bisher keinen Finger gerührt

haben, um die Reform der Polizei einzuleiten, sind sie unmittelbar verantwortlich für die Tragödie von Port Said.
Quelle: NZZ

14. **Dresden: Rechtsstaat auf Bewährung**
Selten war das Urteil so deutlich und die Strafe so gering: Nicht die Neonazis, auch nicht die Gegendemonstranten, so sagt es das Grundrechtekomitee, sondern die sächsischen Behörden waren rund um die Dresdner Nazidemonstrationen im Februar 2011 die größte Gefahr für die Gültigkeit von Grundrechten in Sachsen. Das Tragische daran ist, dass dieser zutreffenden Analyse juristisch nichts folgt. Denn es sind ja gerade die Staatsanwälte und Gerichte, die in Dresden die Beschneidung von Grundrechten an vorderster Front vorangetrieben haben. Bei den nun anstehenden Demonstrationen am 13. Februar geht es daher längst nicht mehr nur um Neonazis. In Dresden sind die Bürger gefragt, ihre eigenen Grundrechte zu verteidigen.
Quelle: taz
15. **Kaum noch Zeit für die eigene Forschung**
Auf die Rekordzahl an Studierenden haben die Hochschulen eine zweifelhafte Antwort parat. Sie heuern vor allem junge Mitarbeiter an, die viel lehren und schnell wieder gefeuert werden können: die “neuen Lehrsklaven”. Drei Jahre hat er noch Zeit, dann ist Michael Berls promovierter Soziologe. Oder draußen. Schließt er seine Doktorarbeit innerhalb der vorgeschriebenen Frist von sechs Jahren nicht ab, darf er an keiner bundesdeutschen Universität mehr als Hochschullehrer tätig sein. Die Zeit arbeitet gegen ihn. Berls, 36, ist als Lehrkraft für besondere Aufgaben am Fachbereich für Soziologie der Universität Gießen eingestellt. Fünf Lehrveranstaltungen betreut er jede Woche, 50 bis 60 Studierende sitzen dann vor ihm. Die sechs Stunden täglich, für die er bezahlt wird, seien damit mehr als ausgelastet, erzählt Berls. Die Promotion, die er braucht, um weiter an der Uni zu arbeiten, schreibt er in seiner Freizeit.
Die Hochschulen stocken ihr Personal nämlich bevorzugt auf Basis eines Gesetzes auf, das es ihnen erlaubt, ihren wissenschaftlichen Nachwuchs zwölf Jahre lang befristet zu beschäftigen und diese Praxis auch danach aufrechtzuerhalten, wenn die Stelle durch Projektgelder – sogenannte Drittmittel – finanziert wird. Seit er seinen Job 2009 antrat, hatte Berls bereits drei Zeitverträge, den letzten bekam er fünf Tage vor Vertragsende. Die Hochschulen machen keinen Hehl daraus, dass sie mit immer mehr “Stellenschnipseln” arbeiten. Die Unis fühlen sich zu Unrecht an den Pranger gestellt. Denn die Länder knausern bei der Grundfinanzierung, aus der die Unis ihre Hochschullehrer zu bezahlen pflegen. So ist auch die Zahl der Lehrbeauftragten seit Mitte des Jahrtausends um 35 Prozent gestiegen. In der Unihierarchie rangieren sie ganz unten. Eigentlich sind solche Stellen für Leute gedacht, die einen festen Job

haben und ihr Praxiswissen ehrenamtlich an Studierende weitergeben. Jetzt werden sie zunehmend mit Menschen besetzt, die hauptberuflich für die Uni arbeiten – aber nicht davon leben können.
Quelle: taz

16. **Die Hetzgemeinde hat Schnappatmung**
Selbst ernannte "Digitale Konditoren" haben Ex-Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg eine Torte ins Gesicht gerieben. Sprach-Kritiker Wolf Schneider wurde im Web als seniler Depp verspottet, weil er fragwürdige Aussagen zum Online-Journalismus gemacht hat. Und CDU Hinterbänkler Ansgar Heveling bekam nach seinem Handelsblatt-Kommentar den bestellten Shitstorm frei Haus geliefert. Die Netzgemeinde ist leicht erregbar. Drückt man die richtigen Knöpfe, wird sie schnell zur Hetzgemeinde.
Quelle: Meedia

Anmerkung JB: *Was wäre alles möglich, wenn „die Netzgemeinde" sich nicht immer nur mit sich selbst beschäftigen würde, sondern endlich mal erwachsen wird und sich mit echten Themen beschäftigen würde?*

17. **Unverzichtbare Lichtgestalten**
Die deutschen Medien verhalten sich wie Amphibien: Wechselwarm, von der Temperatur ihrer Umgebung abhängig. Allerdings passen sie sich nicht ausschließlich natürlichen Gegebenheiten an, sondern suchen stets nach zusätzlichen künstlichen Wärmequellen. Etwa nach der "schönen Piratin" Marina Weisband.
Quelle: Carta
18. **Zu guter Letzt: Schizophrenie**

Quelle: Harm Bengen